



Herrn
Bildungsminister
Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Per email:
ministerium@bmbwf.gv.at

Salzburg, 11. September 2023

OFFENER BRIEF - Was Kinderrechte und Landesverteidigung miteinander zu tun haben

Sehr geehrter Herr Bildungsminister!

Ein neues Schuljahr mit vielen Herausforderungen hat soeben gestartet. Überbordende Bürokratie, zu große Klassen, zu viel Stoff, der lehrplangemäß abzuarbeiten ist, viel zu wenig Ressourcen für individuelle Förderung und die unterschiedlichen Belastungen, die Schüler und Schülerinnen mitbringen, Mobbing, Angst vor Versagen und Ausgrenzung ... um nur einige zu nennen. Die Versäumnisse der vergangenen Jahre machen sich nun bemerkbar. Der Lehrkräftemangel ist dabei nur die sichtbare Spitze des Eisbergs.

Jetzt scheint man die Lösung gefunden zu haben. Neben den Quereinsteiger:innen aus diversen Berufen sollen nun auch Soldat:innen den Personal-mangel in den Schulen ausgleichen. Bei aller Wertschätzung für die Leistungen des Bundesheers und anderer Berufsgruppen hat es den Anschein, als wären für den Lehrberuf keine speziellen Qualifikationen mehr notwendig. Wer es sich zutraut, unterrichtet, überspitzt formuliert. Wie erklärt man das aber den jungen Studierenden, die die vorgeschriebene Ausbildung absolvieren? Wozu sollen sie sich das antun, wenn ganz offen suggeriert wird, dass es auch ohne mühsames Lernen geht – mit gleicher Entlohnung wohlge-merkt! Welche Auswirkungen hat dieses Personal-Recruiting auf das Image des Lehrberufes? Hat man sich darüber ausreichend Gedanken gemacht? Längerfristige Planung sieht anders aus: Seit Jahren ist bekannt, wann die Pensionierungswelle der geburtenstarken Jahrgänge von Lehrpersonen heranrollt ...

Zur engeren Kooperation zwischen Bildungs- und Verteidigungsministerium werden nun zwei Bundesheer-Offiziere für die Schulbuchkommission abgestellt. Um das Thema Landesverteidigung in den heimischen Schulbüchern zu überprüfen und

Schüler:innen verstärkt dafür zu sensibilisieren. Grund dafür ist die umfassende Landesverteidigung, die in den Lehrplänen steht.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs fordern auf, den Kinderrechten mindestens so viel Gewicht einzuräumen und die Grundsätze der UN-Kinderrechtskonvention, Soziales Lernen inklusive der Peer-Mediation als friedliche Streitschlichtungsmethode in alle Lehrpläne aufzunehmen. Gewichtige Grundlagen gibt es genug: Gemäß Artikel 29 ist Kindern die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten und den in der Kinderrechtskonvention verankerten Grundsätzen zu vermitteln. Sie sind auf ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz ... vorzubereiten. Ähnlich lautet auch der Artikel 14 unserer Bundesverfassung, die darin Demokratie, Humanität, Solidarität, Friede und Gerechtigkeit sowie Offenheit und Toleranz gegenüber den Menschen als Grundwerte der Schule festschreibt. Die jungen Menschen sollen durch bestmögliche Bildungsqualität befähigt werden, in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken.

Damit ebendiese jungen Menschen über das wichtige Thema der Kinderrechte informiert und sensibilisiert werden und die darin verankerten Bildungsziele auch in Schulbüchern entsprechend abgebildet sind, ersuchen wir um die Erweiterung der Schulbuchkommission zum zwei Vertreter:innen der kijas Österreichs.

Wo ein Wille, da ein Weg.

Grundsätzlich möchten wir aber einmal mehr die Notwendigkeit einer umfassenden Reform des Schulsystems betonen. Eine Schule, die für alle, die dort arbeiten und lernen, ein lebenswerter Raum ist, mit echter Mitbestimmung, echter Schulautonomie, entrümpelten Lehrplänen, Zeit und Raum für informelles Lernen, Förderung von vernetztem Denken und musischen Fächern, mit ausreichendem administrativen und psychosozialen Unterstützungspersonal Damit könnte man den Lehrberuf wieder aufwerten, ihm die notwendige Wertschätzung entgegenbringen, die vielerorts fehlt. Dann würden auch wieder mehr Menschen diesen so wichtigen, anspruchsvollen und verantwortungsvollen Beruf ergreifen. Die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs bringen sich gerne in diesen Reformprozess ein.

Für die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs

Dr. Andrea Holz-Dahrenstaedt
Kinder- und Jugendanwältin des Landes Salzburg

